

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
(10. Ausschuss)**

- 1. zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 14/3090 –**

**Waldzustandsbericht der Bundesregierung 1999
– Ergebnis des forstlichen Umweltmonitoring –**

- 2. zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 14/3095 –**

**zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 14/3090 –**

**Waldzustandsbericht der Bundesregierung 1999
– Ergebnis des forstlichen Umweltmonitoring –**

A. Problem

Auf Grund der vielfältigen Funktionen der Waldflächen und der damit verbundenen Probleme besteht ein regelmäßiges Informationsbedürfnis des Deutschen Bundestages über den Zustand des Waldes. Die Bundesregierung informiert seit 1984 deshalb jährlich nach einem einheitlichen, von Wissenschaftlern entwickelten und vom Bund koordinierten Verfahren über das Ausmaß und die Entwicklung der Waldschäden, bewertet die Situation in den Waldökosystemen unter den vielfältigen und komplexen Einflüssen der Umwelt und stellt die Maßnahmen zur Behebung von Waldschäden dar.

Auch auf europäischer Ebene finden seit 1986 Maßnahmen der Waldzustandsüberwachung statt. Diese Waldzustandsüberwachung ist damit eines der umfassendsten Biomonitoringverfahren in Europa.

Die Fraktion der CDU/CSU hat auf Drucksache 14/3095 einen Entschließungsantrag eingebracht, in dem sie zu dem Waldzustandsbericht der Bundesregierung 1999 auf Drucksache 14/3090 Stellung bezieht.

B. Lösung

Kenntnisnahme der Unterrichtung durch die Bundesregierung auf Drucksache 14/3090.

Ablehnung des Entschließungsantrags der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 14/3095.

Mehrheitsbeschlüsse im Ausschuss**C. Alternativen**

Keine

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. die Unterrichtung – Drucksache 14/3090 – zur Kenntnis zu nehmen und
2. den Entschließungsantrag – Drucksache 14/3095 – abzulehnen.

Berlin, den 17. Mai 2000

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Peter Harry Carstensen (Nordstrand)
Vorsitzender

Heidemarie Wright
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Heidemarie Wright

- I. Der Deutsche Bundestag hat in seiner 99. Sitzung am 13. April 2000 den **Waldzustandsbericht 1999** auf Drucksache 14/3090 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und den Ausschuss für Tourismus überwiesen.

Der von der Fraktion der CDU/CSU eingebrachte Entschließungsantrag auf Drucksache 14/3095 zum Waldzustandsbericht 1999 wurde in derselben Sitzung an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie den Finanzausschuss zur Mitberatung überwiesen.

- II. Deutschland verfügt über rund 10,7 Mio. ha Wald; demnach ist ca. ein Drittel der Gesamtfläche unseres Landes bewaldet. Dieses „grüne Drittel“ hat eine Vielzahl von unverzichtbaren Funktionen für Wirtschaft, Natur und Gesellschaft. Dieser Bestand, der gleichzeitig Erwerbs- und Einkommensquelle ist, den umweltfreundlichen und nachwachsenden Rohstoff Holz liefert, Schutzfaktor für Boden, Wasser, Luft und Klima bedeutet und dem Menschen vielfältige Möglichkeiten für Entspannung und Erholung bietet, soll als komplexes System überwacht und erhalten bleiben.

Seit 1984 führen die Länder in der Bundesrepublik Deutschland die Waldschadenserhebung nach einem einheitlichen, mit dem Bund abgestimmten und von Wissenschaftlern entwickelten Verfahren durch, um Zustand und Ausmaß der Schäden festzustellen. Dieses Verfahren liefert mit vertretbarem Aufwand kurzfristig verfügbare Angaben über den Waldzustand. Das Ergebnis der Erhebung gibt einen Überblick über das Ausmaß der Waldschäden und wird durch den Waldzustandsbericht der Bundesregierung dokumentiert.

Diese jährliche Waldschadenserhebung liefert in Verbindung mit anderen Übersichtserhebungen wie der Bodenzustandserhebung im Wald, dem intensiven Monitoring auf Dauerbeobachtungsflächen und der Waldökosystemforschung die notwendigen Daten für eine Überwachung der aktuellen Situation der Wälder und der „neuartigen Waldschäden“. Die kontinuierliche Erhebung dient zugleich als wichtige Grundlage für die Forst- und Umweltpolitik. Die Methode der Waldschadenserhebung wird ebenso auf europäischer Ebene angewandt.

In dem Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 14/3095 wird die Bundesregierung u. a. aufgefordert, die Absenkung der Fördermittel für die Forstwirtschaft im Rahmen des Programms „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ rückgängig zu machen und die Forschungen über die Ursachen der Waldschäden im Rahmen des forstlichen Monitoring in enger Zusammenarbeit mit den Ländern weiter zu betreiben. Die Energie- und Umweltpolitik sei

so zu gestalten, dass eine deutliche Senkung der CO₂-Belastung entsprechend dem Klima-Protokoll von Kyoto erreicht wird, um damit auch der ansteigenden Wahrscheinlichkeit von Sturmkatastrophen in den deutschen Wäldern zu begegnen sowie durch eine Änderung der Steuerpolitik die Einkommenssituation der Forstbetriebe zu verbessern.

- III. Der mitberatende **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat in seiner 37. Sitzung am 17. Mai 2000 den Waldzustandsbericht der Bundesregierung 1999 auf Drucksache 14/3090 zur Kenntnis genommen und den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 14/3095 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS abgelehnt.

Der mitberatende **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner 28. Sitzung am 17. Mai 2000 den Waldzustandsbericht der Bundesregierung 1999 auf Drucksache 14/3090 einvernehmlich zur Kenntnis genommen.

Ebenso hat der mitberatende **Ausschuss für Tourismus** in seiner 37. Sitzung am 17. Mai 2000 die Vorlage auf Drucksache 14/3090 einstimmig zur Kenntnis genommen.

Der mitberatende **Finanzausschuss** hat in seiner 63. Sitzung am 17. Mai 2000 den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 14/3095 zum Waldzustandsbericht der Bundesregierung 1999 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, F.D.P. und PDS abgelehnt.

- IV. Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten** hat in seiner 43. Sitzung am 17. Mai 2000 die Vorlagen abschließend behandelt.

Seitens der Fraktion der SPD wurde die Auffassung vertreten, dass die neuesten Daten keinen Grund zur Entwarnung gäben. Insbesondere bei den Schäden von Eichen und Buchen sei in den Laubbeständen der seit 1996 höchste Schadensstand festzustellen. Trotzdem gäbe es Grund zur Hoffnung, da der von der alten Bundesregierung verursachte Stillstand in der Wald- und Forstpolitik überwunden sei und die jetzige Regierung mit einem umfassenden Handlungskatalog konkrete Schritte zur langfristigen Vermeidung von Waldschäden und zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der Forstwirtschaft eingeleitet habe. Positive Effekte erwarte man insbesondere auch von der Einführung der Ökosteuer sowie der Förderung nachwachsender Rohstoffe.

Seitens der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde hervorgehoben, dass der Zustand des Waldes sich bei einigen Baumarten seit Mitte der 90er-Jahre auf einem schlechten Niveau eingependelt habe. Das Zusammenspiel der verschiedenen Faktoren wie Schad-

stoffe, Trockenheit und Klimaveränderung müsse mehr Beachtung finden. In dem vorgelegten Waldzustandsbericht seien erstmals die Untersuchungen zu den Ursache-Wirkung-Beziehungen dargelegt, die für die weitere Entwicklung zielgenauer Maßnahmen zur Schadensbekämpfung von Bedeutung seien. Die von der jetzigen Bundesregierung getroffenen Maßnahmen würden mittel- bzw. langfristig dem Zustand der Wälder zugute kommen, so insbesondere auch die positiven Lenkungseffekte der Ökosteuer.

Von der Fraktion der CDU/CSU wird u. a. festgestellt, dass sich der Gesundheitszustand des Waldes seit 1991 verbessert und insgesamt stabilisiert habe, was jedoch kein Grund zur Entwarnung sei. Es sei daher zu begrüßen, dass die Bundesregierung an dem 1983 beschlossenen Aktionsprogramm „Rettet den Wald“ festhalte. Der Bericht zeige auch, dass die Waldschäden nicht pauschal, sondern differenziert zu beurteilen seien, da es deutliche regionale Unterschiede bei den Waldschäden gebe. Zu den Forderungen an die Bundesregierung wurde im Einzelnen auf den Entschließungsantrag (Drucksache 14/3095) verwiesen. Insgesamt sei erforderlich, die gesamte Bandbreite möglicher Maßnahmen

auf ihre ökologische Lenkungsfunktion hin ideologiefrei zu überprüfen. Was die Ökosteuer betreffe, so könne man über ihre entsprechenden Auswirkungen nur spekulieren. Zudem habe sich die Fraktion hierfür seinerzeit nur unter dem Vorbehalt ausgesprochen, dass sie europaweit eingeführt werde, da es ansonsten zu erheblichen Wettbewerbsnachteilen für die deutsche Land- und Forstwirtschaft kommen würde.

Im Übrigen wurde auf die ausführliche Aussprache im Plenum anlässlich der Überweisung der Vorlagen in der 99. Sitzung am 13. April 2000 verwiesen, in der die unterschiedlichen Standpunkte und Bewertungen bereits erörtert worden waren.

Der 10. Ausschuss hat den Waldzustandsbericht der Bundesregierung 1999 auf Drucksache 14/3090 einstimmig zur Kenntnis genommen.

Der Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 14/3095 wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS abgelehnt.

Berlin, den 17. Mai 2000

Heidemarie Wright

Berichterstatlerin

